

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche
Abwasseranlage vom XX.XX.XXXX**

(Abwassersatzung) - Synopse

2017 ALT	2021 NEU
<p style="text-align: center;">§ 7 Begrenzung des Benutzungsrechts</p> <p>(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere <u>nicht</u> eingeleitet werden:</p> <p>(...)</p> <ul style="list-style-type: none"> 12. Blut aus Schlachtungen u. Schlachtabfälle; 13. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann; 14. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können; 15. Emulsionen von Mineralölprodukten; 16. Medikamente und pharmazeutische Produkte; 17. Speisereste u. Nahrungsabfälle. 	<p style="text-align: center;">§ 7 Begrenzung des Benutzungsrechts</p> <p>(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:</p> <p>(...)</p> <ul style="list-style-type: none"> 12. Kühlwasser, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist; 13. Blut aus Schlachtungen u. Schlachtabfälle; 14. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann; 15. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können; 16. Emulsionen von Mineralölprodukten; 17. Medikamente und pharmazeutische Produkte; 18. Speisereste u. Nahrungsabfälle; 19. Abwasser aus Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist; 20. flüssige Stoffe, die kein Abwasser sind (§ 55 Abs. 3 WHG), soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist; 21. Einweg-Waschlappen, Einwegwischtücher und sonstige Feuchttücher, die sich nicht zersetzen und deshalb in der öffentlichen Abwasseranlage zu Betriebsstörungen z.B. an Pumpwerken führen können.

- (8) Ein Anspruch auf Einleitung von Stoffen, die kein Abwasser sind, in die öffentliche Abwasseranlage besteht nicht. Dieses gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW genehmigt.

§ 13 **Ausführung von Anschlussleitungen**

- (3) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstauenebene (in der Regel die Straßenoberkante) funktionstüchtige sowie geeignete Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktion der Anschlussleitung möglich ist.
- (4) Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer unter Beachtung des § 8 Abs. 1 Satz 4 SÜwVO Abw NRW in der Nähe der Grundstücksgrenze einen geeigneten Einsteigeschacht mit Zugang für Personal oder eine geeignete Inspektionsöffnung auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes einzubauen. Wird der Anschlusskanal erneuert oder verändert, so hat der Grundstückseigentümer nachträglich einen Einsteigeschacht auf seinem Grundstück erstmals einzubauen, wenn dieser vorher nicht eingebaut worden war. Lässt sich der Einsteigeschacht auf dem Grundstück nicht

- (8) Ein Anspruch auf Einleitung von Stoffen, die kein Abwasser sind, in die öffentliche Abwasseranlage besteht nicht. Dieses gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW **genehmigt oder nach einer erfolgten Anzeige gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW kein Genehmigungsverfahren einleitet.**

§ 13 **Ausführung von Anschlussleitungen**

- (3) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstauenebene (in der Regel die Straßenoberkante) funktionstüchtige sowie geeignete Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. **Diese Pflicht zum Einbau einer Rückstausicherung gilt für alle Grundstücke, d. h. auch für solche Grundstücke, bei denen in der Vergangenheit noch keine Rückstausicherung eingebaut worden ist oder satzungsrechtlich hätte bereits eingebaut werden müssen.** Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.
- (4) **Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer in der Nähe der Grundstücksgrenze einen geeigneten Einsteigeschacht mit Zugang für Personal oder eine geeignete Inspektionsöffnung auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (§ 60 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW) einzubauen. Bei bestehenden Anschlussleitungen ist der Grundstückseigentümer zum nachträglichen Einbau eines geeigneten Einsteigeschachtes oder einer geeigneten Inspektionsöffnung verpflichtet, wenn er die Anschlussleitung erneuert oder verändert. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des**

herstellen, kann die Stadt von der Verpflichtung absehen, wenn eine ausreichende Kontroll- und Reinigungsöffnung für den Anschlusskanal eingebaut wird. Der Einsteigeschacht bzw. die Kontroll- und Reinigungsöffnung muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung ist unzulässig.

- (7) Die Herstellung und Veränderung von Anschlusskanälen, aber auch deren ganze oder teilweise Erneuerung wegen eines ordnungswidrigen Zustandes oder eines unzureichenden Querschnittes, führt die Stadt im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche auf Kosten des Anschlussnehmers aus. Die Kosten werden nach der Satzung der Stadt über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) erhoben. Sollten Anschlusskanäle in Verbindung mit einer Baumaßnahme der Stadt hergestellt, verändert oder erneuert werden, teilt die Stadt dies grundsätzlich dem Anschlussberechtigten oder Anschlussnehmer vor Beginn der Baumaßnahme schriftlich mit.

Eine Heranziehung zum Kostenersatz kann nicht erfolgen, wenn die Stadt bzw. ESi oder ein Dritter die Erneuerungs-, Veränderungs- oder Unterhaltungsmaßnahme zu vertreten hat. Für den Fall, dass die Stadt im Eigentum von Anschlussinhabern stehende Anschlusskanäle, die von Dritten beschädigt bzw. beeinträchtigt worden sind, auf ihre Kosten wiederherstellt, gehen entsprechende Schadensersatzansprüche der Anschlussinhaber gegen den Verursacher der Beschädigung bzw. Beeinträchtigung, egal aus welchem Rechtsgrund, auf die Stadt ohne weiteres über.

Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Einsteigeschachtes abgesehen werden, wenn eine ausreichende Kontroll- und Reinigungsöffnung für den Anschlusskanal eingebaut wird. Der Einsteigeschacht bzw. die Kontroll- und Reinigungsöffnung muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung ist unzulässig.

- (7) Die Herstellung und Veränderung von Anschlusskanälen, aber auch deren ganze oder teilweise Erneuerung wegen eines ordnungswidrigen Zustandes oder eines unzureichenden Querschnittes, führt die Stadt im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche auf Kosten des Anschlussnehmers aus. Die Kosten werden nach der Satzung der Stadt über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) erhoben. Sollten Anschlusskanäle in Verbindung mit einer Baumaßnahme der Stadt hergestellt, verändert oder erneuert werden, teilt die Stadt dies grundsätzlich dem Anschlussberechtigten oder Anschlussnehmer vor Beginn der Baumaßnahme schriftlich mit.

Eine Heranziehung zum Kostenersatz für Erneuerungs-, Veränderungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen erfolgt nicht, falls

- die Stadt diese zu vertreten hat oder
- ein Dritter diese zu vertreten hat und diesbezüglich mit der Stadt eine Vereinbarung zur Kostenübernahme besteht.

Sollte die Stadt Kenntnis darüber haben, dass ein Anschlusskanal von Dritten beschädigt oder beeinträchtigt worden sein könnte, wird sie den Anschlussnehmer darüber informieren. Die Stadt wird den Anschlussnehmer bei der Geltendmachung und Durchsetzung möglicher Schadensersatzansprüche unterstützen.

§ 14
Genehmigungsverfahren

§ 15
Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten
Abwasserleitungen

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachung Abwasser – SÜwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gem. den §§ 60, 61 WHG, § 56 LWG NRW, § 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Stadt.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw NRW. Nach § 8 Abs. 2 SÜwVO Abw NRW hat der Eigentümer des Grundstücks bzw. nach § 8 Abs. 6 SÜwVO Abw NRW der Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionstüchtigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und

§ 14
Genehmigungsverfahren

Neuer Einschub:

(2) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer eine Woche vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses der Stadt mitzuteilen. Die fachgerechte Beseitigung und der fachgerechte Verschluss des Anschlusses sind der Stadt durch den Anschlussnehmer schriftlich nachzuweisen.

Die bisherigen Absätze 2 - 4 verschieben sich entsprechend

§ 15
Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten
Abwasserleitungen

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SÜwVO Abw NRW). **Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW so zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben**, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Stadt.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw NRW. Nach **§ 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW** hat **der Eigentümer** des Grundstücks bzw. nach **§ 8 Abs. 7 SÜwVO Abw NRW** **die oder der** Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und

Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 3 und 4 SÜwVO Abw NRW. Legt die Stadt darüber hinaus durch gesonderte Satzung gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW Prüffristen fest, so werden die betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten durch die Stadt hierüber im Rahmen der ihr obliegenden Unterrichts- und Beratungspflicht (§ 46 Abs. 2 Satz 3 LWG NRW) informiert.

- (6) Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVo Abw NRW zu dokumentieren.

§ 21 Ordnungswidrigkeiten

Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus **§ 8 Abs. 2 bis § 8 Abs. 5 SÜwVO Abw NRW**. Legt die Stadt darüber hinaus durch gesonderte Satzung gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW Prüffristen fest, so werden die betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten durch die Stadt hierüber im Rahmen der ihr obliegenden Unterrichts- und Beratungspflicht (§ 46 Abs. 2 Satz 3 LWG NRW) informiert. **Das gleiche gilt, wenn die Stadt Satzungen nach altem Recht gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 LWG NRW fortführt.**

- (6) Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO Abw NRW zu dokumentieren. **Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO Abw NRW genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist der Stadt durch den Grundstückseigentümer oder den Erbbauberechtigten (§ 8 Abs. 1 bzw. Abs. 7 SÜwVO Abw NRW) unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch die Stadt erfolgen kann.**

§ 21 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

Einschub neue Nr. 11:

11. § 15 Abs. 6 Satz 3
die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung der Stadt nicht vorlegt,

Die bisherigen Nummern 11 + 12 verschieben sich entsprechend

(3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können gemäß § 7 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 17 OWiG mit einer Geldbuße bis zu 1.000 € geahndet werden.

**§ 22
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am **01.01.2017** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Siegen über die die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 17.05.2000 (Abwassersatzung) außer Kraft.

(3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können gemäß § 123 Abs. 4 LWG NRW mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden.

**§ 22
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am **01.01.2022** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Siegen über die die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 22.12.2016 (Abwassersatzung) außer Kraft.